



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

DIE LAUFENDEN GESETZGEBUNGSVERFAHREN – IHR AKTUELLER STAND →

Nachdem der Vermittlungsausschuss am 12.12.2012 getagt hatte, war die erforderliche Beschlussfassung im Bundestag über verschiedene Steuergesetze in das Jahr 2013 verschoben worden. Nunmehr werden die Verfahren fortgesetzt, und so standen am gestrigen Donnerstag, den 17.01.2013 zahlreiche Verfahren auf der Tagesordnung des Bundestages. Hierzu zählten das Steuerabkommen Deutschland-Schweiz, das Jahressteuergesetz 2013, das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts sowie das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

Während einige Vermittlungsvorschläge problemlos den Bundestag passierten, wurden andere abgelehnt, und es ist zum Teil offen, wie sich die Verfahren (mit Blick auf die noch ausstehende Zustimmung des Bundesrates) weiter gestalten. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

BFH: KEINE TEILWERTABSCHREIBUNG WEGEN UNVERZINSLICHKEIT EINER FORDERUNG →

Mit Urteil vom 24.10.2012 (I R 43/11) lehnte der I. Senat des BFH die von der Klägerin vorgenommene Teilwertabschreibung der Darlehensforderung in Übereinstimmung mit der Vorinstanz ab.

Grundsätzlich sind nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 S. 1 EStG 2002 die nicht in § 6 Abs. 1 Nr. 1 EStG 2002 genannten Wirtschaftsgüter – u. a. nicht der Abnutzung unterliegende Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wie die streitgegenständliche Darlehensforderung – grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. In einem früherem Urteil vom 24.10.2006 entschied der Senat (I R 2/06, BFHE 215, 230, BStBl II 2007, 496), dass diese auch dann deren Nominalbetrag entsprechen, wenn das Darlehen unverzinslich ist. Jedoch kann an Stelle jener Kosten dann der Teilwert i. S. des § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 3 EStG 2002 angesetzt werden, wenn er aufgrund einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung niedriger ist (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 S. 2 EStG 2002). (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 5**.

EDITORIAL

Liebe Leser,

allmählich kommt der Wahlkampf auf Touren. Die SPD will sich laut ihrer „Braunschweiger Erklärung“ von dieser Woche sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene insbesondere dem Kampf gegen Steuerhinterziehung widmen.

Noch aber stehen die laufenden Gesetzgebungsverfahren im Fokus von Regierung und Opposition und findet ein Tauziehen um das Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) statt. Gestern wurde es im Bundestag abgelehnt, nachdem im Dezember 2012 ein „unechtes Einigungsergebnis“ erzielt worden war.

Zwar hat das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts den Bundestag passiert, eine Zustimmung im Bundesrat ist jedoch noch nicht absolut gesichert, zumal diese als Verhandlungsmasse für das JStG 2013 dienen könnte. Andere noch im Verfahren befindliche Gesetze wurden gestern ebenfalls im Bundestag behandelt. Wir haben Ihnen die Ergebnisse zusammengefasst und am Beispiel des JStG 2013 dargestellt, wie sich das Vermittlungsverfahren fortsetzen könnte.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



→ TOP-ISSUES (Fortsetzung)

EINZELHEITEN ZUR ANRUFUNG DES VERMITTLUNGS-AUSSCHUSSES AM BEISPIEL DES JAHRESSTEUERGESETZES 2013 →

Hintergrund

Der Bundesrat hatte das Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) am 23.11.2012 abgelehnt. Er rief damals nicht den Vermittlungsausschuss an. Vielmehr tat dies die Bundesregierung. Am 12.12.2012 tagte der Vermittlungsausschuss und erzielte für das JStG 2013 ein unechtes Einigungsergebnis. Der Bundestag lehnte dieses am 17.01.2013 ab, so dass der ursprüngliche Gesetzentwurf erneut im weiteren Gesetzgebungsverfahren behandelt wird. Nunmehr müsste der Bundesrat diesem zustimmen, was unwahrscheinlich ist, schließlich hatte er diesen erst Ende November abgelehnt. So stellt sich die Frage, ob der Vermittlungsausschuss erneut angerufen werden könnte und durch wen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 6**.

BRAUNSCHWEIGER ERKLÄRUNG: POSITIONEN DER SPD FÜR SCHÄRFERE REGELN GEGEN STEUERBETRUG →

Die SPD hat am vergangenen Montag, den 14.01.2013 bei einem Parteitreffen ein Papier, die sogenannte „Braunschweiger Erklärung“, für national und international schärfere Regeln gegen Steuerbetrug verabschiedet. Hiermit wird der Kampf gegen Steuerhinterziehung zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes der SPD.

Die Autoren des gemeinsamen Papiers, Bundeskanzlerkandidat Peer Steinbrück, Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und der niedersächsische Spitzenkandidat Stephan Weil verweisen auf nationale Mindereinnahmen i. H. v. bis zu 150 Mrd. Euro durch Steuerbetrug und die damit einhergehende Bedeutung von Steuerehrlichkeit, um Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 6**.

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. www.fintax-pa.de

CONTENT

→ TOP-ISSUES SEITE 1

Die laufenden Gesetzgebungsverfahren – ihr aktueller Stand

BFH: Keine Teilwertabschreibung wegen Unverzinslichkeit einer Forderung

Einzelheiten zur Anrufung des Vermittlungsausschusses am Beispiel des Jahressteuergesetzes 2013

Braunschweiger Erklärung: Positionen der SPD für schärfere Regeln gegen Steuerbetrug

→ OUTGOING (14.01 - 18.01.13) SEITE 8

Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages zu den Steuerbeschlüssen der SPD Fraktion

Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages zur Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer

Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zur Gesetzesänderung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

u. a.

→ STATUS (18.01.13) SEITE 9

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Jahressteuergesetz 2013

u. a.

→ UPCOMING (18.01.-25.01.13) SEITE 18

BUNDESTAG: Nächste Sitzungswoche: 25.01.-01.02.2013

BUNDESRAT: Nächste Sitzung: 01.02.2013

VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS: Nächste Sitzung: 29.01.2013



→ BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.berlinerinformationsdienst.de

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, sbj@polisphere.eu, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@polisphere.eu, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@polisphere.eu, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@polisphere.eu, -20

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@polisphere.eu, -20

IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)
berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu